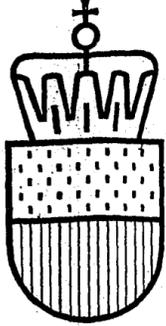


Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50
vierteljährlich Fr. 6.—, Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—
Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen
Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbach-
strasse 99, Telefon 075 21937/22412. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen.
Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 12 Rp. 30 Rp.
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 21937.
Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer
Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 222626 und übrige Zweiggeschäfte

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — Vaduz, Samstag, 22. Mai 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 75

EFTA: Tatsachen müssen nüchtern betrachtet werden

Am kommenden Montag beginnt in Wien die Ministertagung der Europäischen Freihandelszone

Am 24. und 25. Mai findet in Wien die Ministerkonferenz der EFTA (Europäische Freihandels-Assoziation) statt. Diese Konferenzen sind Routineangelegenheiten, die sich in regelmäßigen Abständen in Hauptstadt zu Hauptstadt wechselnd wiederholen, um jeweils über weitere Zollsenkungen zu beschließen und wichtige Stellungnahmen zu erarbeiten, wie sie aus

der Entwicklung des internationalen Handelsverkehrs erforderlich werden. Liechtenstein, als assoziiertes EFTA-Mitglied, wird an dieser Ministerkonferenz durch seinen Geschäftsträger in Bern, S. D. Prinz Heinrich vertreten sein.

Die bevorstehende Konferenz allerdings erhält ein besonderes Gesicht dadurch, daß sie zu einer eigentlichen Gipfelkonferenz werden soll. Es war der Premierminister der britischen Labourregierung, Wilson, der den Vorschlag machte, es sollten diesmal die Regierungschefs selber an der Begegnung teilnehmen, und sein Wunsch hat sich, teilweise wider Erwarten, weitgehend durchgesetzt. Nicht weniger als fünf der sieben Mitgliedstaaten werden durch ihre Ministerpräsidenten (neben den sonst allein wirkenden Fachministern) vertreten sein, nämlich Großbritannien, ferner das gastgebende Oesterreich und die drei skandinavischen Länder Schweden, Norwegen und Dänemark, dazu aber auch das bloß «assoziierte» Finnland. Salazar verzichtet erwartungsgemäß auf die persönliche Teilnahme, und die Schweiz schickt ebenfalls nicht den Ministerpräsidenten, weil sie nämlich gar keinen hat, da ja der Bundespräsident nicht Regierungsoberhaupt ist, sondern nur in alljährlichem Turnus wechselnder «primus inter pares».

Es braucht nicht verheimlicht zu werden, daß man schweizerischerseits den Sinn des Großaufgebotes mit einiger Skepsis bewertet. Das dürfte im Bundesrat so sein, und es ist ganz sicher so im Bereiche der interessierten Öffentlichkeit. Von hier aus betrachtet entbehrt der personelle Glanz, der da entfaltet werden soll, weitgehend der materiellen Grundlage, und für eine Demonstration der Stärke, die irgend jemand imponieren könnte, scheinen die Voraussetzungen aus unserer Sicht doch etwas allzu offensichtlich zu fehlen.

Tatsächlich ist die EFTA gerade jetzt weniger als je in der Lage, der Umwelt ihre Stärke glaubhaft machen zu können.

Der Initiator der Gipfelkonferenz, Großbritannien, hat durch seinen Ausbruchversuch zur

EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) im Jahre 1962 den ersten schweren Schwächeanfall verursacht und 1964, unter der Labourregierung, durch die Einführung der 15-Prozent-Zollzuschläge die EFTA-Vereinbarungen selber in schwerster Weise verletzt. Oesterreich seinerseits verhandelt gegenwärtig in Brüssel über eine Assoziation zur EWG, wohlwissend, daß die zeitweise offenbar — ernsthaft oder nicht ernsthaft — genährte Hoffnung, beiden Gremien anzugehören und so gewissermaßen ein Bindeglied zwischen ihnen bilden zu können, sich nicht erfüllen kann. Aus Skandinavien blickt mindestens Dänemark unruhig nach Brüssel, und es ist sicher, daß spätestens eine Schwenkung Englands nach der EWG dieses uns eng befreundete Land ebenso wie seine skandinavischen Nachbarn rasch mit sich spülen würde. Es bleiben das assoziierte Finnland, dem Rußland den Anschluß an die EWG wohl kaum gestatten würde, und Portugal, das in den handelspolitischen Fußstapfen Englands zur EFTA kam und in seinen Fußstapfen wohl auch nach Brüssel ging.

Auch wir müssen uns aber gerade jetzt wieder besinnen auf die Anfänge der europäischen Integrationsbemühungen. Wir wollten eine Annäherung aller freien europäischen Staaten, und nicht ihre Aufteilung in zwei Blöcke; wir wollten die Niederreißung unzeitgemäßer handelspolitischer Schranken zwischen ihnen allen, aber nicht die Schaffung einer Plattform für neue wirtschaftliche und politische Hegemoniebestrebungen. Die Schweiz lehnte die EWG ab, weil sie mit der Neutralität, aber auch mit der direkten Demokratie unvereinbare politische Ziele verfolgte, und nahm teil an der Gründung der EFTA in der Hoffnung, daß eine Kollektivaktion der Nicht-EWG-Mitglieder die drohende Entstehung eines Grabens verhindern und eine föderalistische, nicht dirigistische Freihandelszone für ganz Westeuropa doch noch ermöglichen könnte. Wir glauben nicht, daß diese Hoffnung heute schon endgültig begraben werden müsse. Aber wir müssen die Tatsachen immerhin nüchtern

Ein Schönheitsfehler...

Während morgen Sonntag im ganzen Land die Vermittler und die Gemeindesteuerkommissionen neu bestellt werden, haben wir in Triesen noch die Wahl der Rechnungsrevisoren nachzuholen. Auf dem offiziellen Stimmzettel, den man diese Tage von der Gemeinde erhalten hat, sind nun alle Wahlvorschläge, sowohl jene für die Gemeindesteuerkommission, deren Stellvertreter und die der Rechnungsrevisoren auf dem gleichen Stimmzettel einzutragen. Obwohl rechtlich gegen diese Zusammenfassung offenbar nichts einzuwenden ist, handelt es sich meiner Ansicht nach doch um einen groben Schönheitsfehler. Die Wahl der Rechnungsrevisoren und jene der Gemeindesteuerkommission sind zwei verschiedene Dinge, die nicht zusammen auf den gleichen Stimmzettel gehören. Gerade in Gemeinden, wo die Mehrheitsverhältnisse eindeutig sind, werden viele parteipolitisch gebundene Stimmzettel abgegeben, wodurch auch das wichtige Amt der Rechnungsrevisoren in den Strudel der Parteipolitik gerät. N.L.

betrachten. Wir müssen uns bewußt sein, daß die offenkundige Ungeduld einzelner Mitglieder des Anliegens der EFTA nicht fördert, daß die wirtschaftlichen Interessen und Kraftreserven unter den EFTA-Mitgliedern recht ungleich sind und daß das ganze Gebilde jedenfalls nicht so lila genug ist, um etwa die Risiken einer weitgehenden Institutionalisierung zu rechtfertigen, wie sie von einzelnen Mitgliedern als eine Art «Flucht nach vorne» angestrebt zu werden scheint, obwohl gerade sie dem Hauptzweck der Gemeinschaft, dem Brückenschlag zur EWG, sicher nicht dienlich wäre.

KOMMENTAR

Übereifer oder höhere Weisung?

Als Regierungschef Dr. Gerard Batliner am letzten Dienstag im Landtag über die liechtensteinischen Schritte zur Frage des geplanten thermischen Kraftwerkes in Rüthi Bericht erstattete, war es nahelegend, dass im gleichen Atemzug auch über das Problem des Waffenplatzes St. Luziensteig diskutiert wurde. Es war der Abgeordnete Andreas Vogt, der wie seinerzeit der Abgeordnete Josef Büchel (Balzers) auf die immer noch ungelöste Frage des Waffenplatzes hinwies. Just an diesem Tag, da im liechtensteinischen Parlament über das heikle Thema des Waffenplatzes und seine Auswirkungen gesprochen wurde, ereignete sich 10 km südlich, nämlich in Balzers selbst, ein sonderbarer Zwischenfall, der die Problematik der Waffenplatzfrage vielleicht noch plastischer aufzeigt, als es die diversen Vorstöße im Vaduzer Landtagsaal vermögen. — Am gleichen Dienstag tauchten bei zwei Balzner Frauen nämlich zwei Herren aus der Schweiz auf, wovon sich der eine (sinnigerweise) als Herr Rüthi, seines Zeichens Verwalter auf der Luziensteig, und der andere als Vertreter des OKK (Oberkriegskommissariat) vorstellte. Die beiden Frauen aus Balzers hatten einige Zeit vorher ihre Grundstücke auf Prat an die Gemeinde Balzers verkauft. Der abgeschlossene Kaufvertrag zwischen den Bodenbesitzerinnen und der Gemeinde Balzers ging zur Bewilligung an die zuständige Grundverkehrscommission nach Landquart. An Stelle einer Nachricht aus Landquart tauchten am letzten Dienstag die beiden erwähnten Herren bei den Verkäuferinnen auf und gaben zu wissen, dass die Bewilligung für den Kauf der Grundstücke durch die Gemeinde niemals erteilt werde. Andererseits seien sie (d.h. die Militärbehörden) aber bereit, den gleichen Preis zu zahlen wie die Gemeinde Balzers. Im übrigen müsse man damit rechnen, dass die privaten Grundstücke im Bereich des Truppenübungsplatzes eines Tages ohnehin enteignet würden, wenn sie bis dahin nicht freiwillig verkauft worden seien. Die beiden Frauen unterzeichneten hierauf einen neuen Kaufvertrag mit den besagten Herren, die es übrigens nicht einmal für notwendig gehalten hatten, vorher die Gemeinde Balzers (als den einen Vertragspartner) zu verständigen. — Während die liechtensteinische Öffentlichkeit auf die Geschehnisse im Landtag blickt, wo dieser Tage feierliche Voten und Erklärungen über laufende Waffenplatzverhandlungen mit Bern abgegeben worden, deuten alle Anzeichen darauf hin, dass man am umstrittenen Ort selbst offenbar noch nichts davon erfahren hat. Es bleibt die peinliche Frage, ob der Zwischenfall vom letzten Dienstag in Balzers wegen Übereifers eines untergeordneten Beamten oder auf höhere Weisung erfolgt ist? (wbw)

«Ich würde jedem das Doppelte der Zulagen gönnen»

Stellungnahme von Regierungschef Dr. Batliner vor dem Landtag zum Thema der Kinderzulagen-Initiative

«Die Initiative beinhaltet zwei Änderungen: 1. Erhöhung der Kinderzulagen über die bereits in Kraft gesetzte Kinderzulagenerhöhung hinaus (allerdings für einen beschränkten Bezügerkreis) und damit Erhöhung der Gesamtausgaben, wodurch der Staat nach dem heutigen Stand der Dinge rund Fr. 800 000.— jährlich zuzuschüssen müsste. 2. Wesentliche Ungleichbehandlung der Kindergeldbezügler.

Zu 1: Zu diesem Punkte der massiven Erhöhung der Gesamtausgaben habe ich bereits in der Landtagssitzung vom 3. Februar 1965 Stellung genommen. Ich möchte auf die damaligen Erwägungen sozialpolitischer, wirtschaftlicher und finanzieller Natur verweisen und mich be-

schränken, lediglich zum Teil einzelne Gedanken zusammengefasst in Erinnerung zu rufen.

Die Vorlage steht im Widerspruch zu anderen Sozialmassnahmen. Was wir durch Zwangs- und freiwilliges Sparen dem Konsum entziehen wollten, wird wieder zusätzlich teilweise in den Konsum gepumpt oder ins Sparen, das wir wenigstens zum Teil zusätzlich mit staatlichen Mitteln noch einmal fördern.

Unsere Wirtschaft wird teilweise, um die ausländische Arbeitskraft zu halten, für die ab 1. Juli 1965 vorgesehene Verkürzung selbst einen Lohnausgleich schaffen müssen, was sich nicht nur auf die Gewinnmarge der Betriebe und ihre Standfestigkeit, sondern vielleicht so-

gar bei rückläufiger Konjunktur allgemein auf die Löhne auswirkt oder die Preise wie Baukosten etc., die wir wiederum in dieser oder jener Form tragen müssen. Es wäre sicherlich verfehlt anzunehmen, dass unsere Wirtschaft vor allem auch angesichts der zunehmenden Zolldiskriminierung durch die EWG und teilweise auch zunehmender Konkurrenz sehr grossen wirtschaftlichen Spielraum hätte.

Finanzpolitisch schafft die Vorlage dauernde Ausgaben, denen keine sicheren Einnahmen gegenüber stehen. Man hat auf die neuen Tabakzollzuschläge hingewiesen, die Liechtenstein eine jährliche Einnahme von Franken 350 000.— verschaffen sollen. Diese Tabakzuschläge wer-

Antischweizerisches Vorarlberg?

Stellungnahme eines Mitarbeiters aus Vorarlberg

* Im «Liechtensteiner Volksblatt» vom 18. Mai, Seite 1, finden sich unter diesem Titel mit «W. Br.» gezeichnete Anmerkungen, die offenbar bemüht sind, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Vorarlberg und St. Gallen zu trüben. Um es gleich vorweg zu sagen: Wir Vorarlberger haben nichts gegen die Schweizer. Wir haben jedoch vieles gegen Rüthi. Damit richten sich sachliche Argumente gegen einige Grossindustrielle und ihre Politiker. Und damit ist der Kreis abgesteckt und begrenzt. Ist es nicht eine plumpe Verallgemeinerung, den Rüthi-Komplex auf alle Schweizer Staatsbürger übertragen zu wollen? Also von «anti-schweizerischer Stimmung in Vorarlberg» zu sprechen?

Wollte man so verallgemeinern und übertreiben, müsste man in der Schweiz längst ein Bürgerkrieg ausgebrochen sein. Denn im Neuenburger Gebiet ist ebenfalls eine grosse Bevölkerungsbewegung gegen den Bau von luftverschmutzender Industrie im Gange. Was für ein freundschaftliches Verhältnis wird dort gestört? Doch jenes der Schweizer zu den Schweizern! Und nun beziehen Sie, liebe Leser, auf diesen Parallelfall in Neuenburg diesen Satz von W. Br.: «Man erblickt im Schweizer, sofern er sich nicht als hundertprozentiger Gegner des thermischen Kraftwerkes bekennt, den geldgierigen Mann, der bereit ist, um des schönen Mammons willen das «schöne Rheintal» in einen Londoner Smog verwandeln zu lassen.»

Die Bevölkerung des Neuenburger Gebietes hat ihr gutes Recht, sich gegen die Verschmutzung ihres Lebensraumes zu wehren — ebenso wie die Vorarlberger und Liechtensteiner und — auch Teile der Ostschweizer Bevölkerung im Rheintal. Es geht hier nicht um Vorarlberg — Ostschweiz. Es geht hier um das, was der Mensch seinem Mitmenschen zumutet, gleich welcher Nationalität.

Es fragt sich nun, wer «tendenziöse, demagogische Publizistik» betreibt und «fatale Stimmungsmache». Ich war Zeuge, wie Schweizer und Liechtensteiner sowie Vorarlberger am gleichen Tisch in freundschaftlicher Verbundenheit das Problem Rüthi erörterten. Solche Tische gibt es zu Hunderten. Uns geht es nicht um die Trübung des nachbarlichen Verhältnisses. Unsere einzige Sorge ist die Gesunderhaltung des Lebensraumes, von Luft, Wasser, Nährboden, Kultur usw., die Sicherung einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung nach unseren Vorstellungen. Dabei ist unser Blick gerichtet